

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2018 Nr. 173

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Die eidgenössische Volksinitiative

«Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

- bekämpft Fluchtursachen
- leistet einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt
- schützt die Neutralität der Schweiz
- ist Voraussetzung für eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik
- gibt uns ein Mitspracherecht über das Volksvermögen

UNTERSCHREIBEN SIE NOCH HEUTE!

Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden unter:
www.kriegsgeschaefte.ch, initiative@kriegsgeschaefte.ch
Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften,
Postfach 1515, 8031 Zürich
Spenden: IBAN CH11 0900 0000 6134 2290 4



GAS/ECR/ICR

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

50656372
000001

DIE POST



**Unterschriften
weilersammeln
und
einschicken!**

Össische Volksinitia
blatt veröffentlicht am 11.04.
ssung und nach dem Bundes
erfassung wird wie folgt geä
rbot der Finanzierung von Kri
erischen Nationalbank, Stiftu
produzenten unterschagt.
zialproduzenten gelten Unter
ausgenommen sind Geräte zu
ng von Kriegsmaterialproduze
g von Krediten, Darlehen und
g an Kriegsmaterialproduzent
rden;
Anteilen an Finanzprodukten,
im Sinne von Buchstabe b ent
ch auf nationaler und internati

Vornamen (eigenhändig)
publi
egger
metta
Hans
Maria
Ursula

2.2018
us nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: Maria Ackermann, Mätteliweg 5,
Iquai 282, 8005 Zürich, Sebastian Büchler, Kreuzwiesen 9, 8051 Zürich, Michael Christen, Hauptstrasse 3, 3475 Riedwil,
maria Funicello, Böggenstrasse 50, 3006 Bern, Balthasar Glättli, Höggerstrasse 148, 8037 Zürich, Amanda Iselt, Rue des Parcs 15, 2000 Neuchâtel, Eva Krattiger, M
tenschwilerstrasse 3, 5610 Wohlen, Josef Lang, Blumenbergstrasse 42, 3013 Bern, Lewin Lempert, Müllerstrasse 48, 8004 Zürich, Tobias Schnebli, Rue de Bâle 17,
h Schmid, Champagnallee 31, 2502 Biel, Judith Schmutz, Wydemattweg 16, 6026 Rain, Kevin Morisod, Route de Yassereule 58, 1868 Colombey, Younis Mussa, Falken
5, 3004 Bern, Natascha Wey, Mutschellenstrasse 44, 8002 Zürich, Laura Würslin, Kirchstrasse 148, 3084 Wädwil

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden, bis spätestens 31.08.2018, an:
Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften, Postfach 1515, 8031 Zürich.

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden, bis spätestens 31.08.2018, an:
Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften, Postfach 1515, 8031 Zürich.

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden, bis spätestens 31.08.2018, an:
Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften, Postfach 1515, 8031 Zürich.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Mit einem Erfolg gegen Kriegsgeschäfte in Luzern (S. 3) liessen wir das alte Jahr ausklingen und starteten mit neuer Energie ins 2018. Diese werden wir brauchen: Der Zivildienst steht weiter unter Beschuss, Frauen sollen in Zukunft obligatorisch an einem Orientierungstag der Armee teilnehmen und auch die Kampffjetbefürworter schlafen nicht (S. 4). Antimilitarismus war (S. 5), ist und bleibt (S. 3) wichtig. Auch auf der Strasse beim Unterschriften sammeln! Noch kein Jahr ist es her, seit wir die Kriegsgeschäfte-Initiative lanciert haben. Jetzt geht es um den Schlusspurt (S. 2).

Um Militarisierung, Krieg und Frieden geht es auch in der aktuellen Widerspruch-Ausgabe – mit Beiträgen von GSoAtInnen (S. 5). Weiter befassen wir uns mit den Themen Cyberwar (S. 6) und Drohnen-Kriege (S. 7).

Übrigens gab es Veränderungen bei der GSoA: Wir haben eine neue Website und Zuwachs im Seki Genf (S. 8). Die neue Sekretärin und den neuen Sekretär könnt ihr am Ostermarsch und an der Vollversammlung kennenlernen (S. 2).

Gute Lektüre wünschen

Judith Schmid und das gesamte Redaktionsteam

VOLLVERSAMMLUNG

Einladung zur 37. ordentlichen GSoA-VV

Ein aktivistisches Vereinsjahr liegt hinter uns – ein aktivistisches Vereinsjahr liegt vor uns. An der Vollversammlung machen wir einen Rückblick auf das zurückliegende Sammeljahr und stellen die Weichen gegen neue Kampfflugzeuge. Komm am 15. April nach Solothurn und entscheide mit, was wir im 2018 anpacken!

Von Eva Krattiger

Vor einem Jahr haben wir an der Vollversammlung gemeinsam entschieden, die Kriegsgeschäfte-Initiative zu lancieren. Seither ist viel geschehen, wir haben mehrere tausend Stunden auf der Strasse verbracht und Unterschriften gesammelt, mit vielen Menschen über das Anliegen diskutiert und die Initiative an verschiedensten Veranstaltungen präsentiert. Aus dem Projekt, das in kleiner Runde ausgearbeitet und diskutiert wurde, dann in grösserer Runde feingeschliffen und auf seine Belastbarkeit geprüft wurde, ist seither eine kleine Bewegung entstanden, die von AktivistInnen in die hintersten Winkel der Schweiz getragen wird. Wir blicken an der diesjährigen Vollversammlung

zurück auf ein Jahr, in dem die GSoA einmal mehr gezeigt hat, dass sie fähig ist, ein Initiativprojekt zu stemmen, das aus einer breiten Basis von Freiwilligen besteht.

Doch wir wollen uns nicht nur ausruhen auf dem Erfolgreichen, sondern schauen, was das nächste Jahr für uns bringt und welche Projekte wir ergreifen wollen. An der kommenden Vollversammlung werden wir darüber entscheiden, ob wir ein Referendum oder, falls dies nicht möglich ist, eine Initiative gegen neue Kampfflugzeuge ergreifen werden. Zudem werden wir über Massnahmen gegen den bürgerlichen Angriff auf den Zivildienst diskutieren. Komm auch und entscheide mit!

Deshalb meldet euch für eine Teilnahme an der GSoA-Vollversammlung doch bald mit einem Mail an gsoa@gsoa.ch an. Die Vollversammlung findet am 15. April statt, wie jedes Jahr im Restaurant Kreuz in Solothurn. Diese dauert von 11.15 bis etwa 16 Uhr. Das detaillierte Programm wird zwei Wochen vorher auf der Website www.gsoa.ch publiziert. Das gemeinsame Mittagessen im Restaurant Kreuz ist wie immer kostenlos.

KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Frühlingswetter für den Schlusspurt

(sb) Über die Festtage und in den kalten Wintermonaten lief das Sammeln erwartungsgemäss nicht so wie über den Sommer. Es war für die freiwilligen AktivistInnen auch nicht immer einfach Wind und Wetter zu trotzen und auch das wärmste Lächeln half wenig, PassantInnen mit tief in die Stirn gezogener Mütze zum Anhalten zu bewegen. Trotzdem ging das Sammeln weiter und wir stehen heute bei 70'000 gültigen Unterschriften. Im Gegensatz zu Initiativkomitees aus anderen politi-

schen Lagern können wir auf bezahlte SammlerInnen verzichten und unsere Spendengelder so sinnvoller einsetzen. Damit das so bleibt, brauchen wir eure Unterstützung! Fragt in eurem Freundeskreis und eurer Familie nach, ob alle schon unterschrieben haben oder meldet euch bei uns und wir gehen zusammen auf der Strasse sammeln. Wir sind nicht mehr weit von unserem Ziel entfernt, die Initiative noch vor dem Sommer beisammen zu haben!

FRIEDENSBEWEGUNG

Ostermarsch!

Gerechtes Wirtschaften für Frieden: Diesem Thema werden wir uns am 2. April, am traditionellen Berner Ostermarsch, widmen. Seit 2003 ist die GSoA Mitorganisatorin der Kundgebung. Der Beginn der Ostermarschbewegung liegt aber viele Jahre weiter zurück. Von Judith Schmid

Ein friedliches Zusammenleben im globalen Kontext ist unmöglich, wenn wir unseren Wohlstand darauf aufbauen, dass Menschen anderswo auf der Welt unter Bedingungen arbeiten müssen, die wir für uns selber nie akzeptieren würden. Skrupellos werden weltweit Menschen ausgebeutet und ihre eigene sowie die globale Umwelt verschmutzt und verwüstet, nur damit wir im Überfluss leben können. Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern bedingt auch ein gerechtes Wirtschaften. Dafür gehen wir am Ostermontag auf die Strasse.

Es ist der 16. Ostermontag in Folge, an dem wir zahlreich und bunt vom Eichholz zum Münsterplatz marschieren. Die Tradition des Ostermarsches reicht aber weit zurück in die Mitte des letzten Jahrhunderts – und feiert 2018 ein kleines Jubiläum.

60 Jahre marschieren für den Frieden

Genau 60 Jahre ist es her, seit in Grossbritannien an Ostern zum ersten Mal rund 10'000 Menschen gegen die nukleare Aufrüstung protestierten. Ihr Marsch bezeichnete den Beginn einer langjährigen internationalen Bewegung. Organisiert wurde die Aktion von der Organisation Direct Action Committee Against Nuclear War (DAC) und der Campaign for Nuclear Disarmament (CND). Rund 700 Menschen versammelten sich am Karfreitag 1958 in London City. Ihr Ziel: Das Atomwaffenforschungszentrum nahe dem Dorf Aldermaston 87 Kilometer weiter westlich im Land. Vier Tage dauerte der Marsch – genauso lange wie das verlängerte freie Wochenende. Eine religiöse Begründung für die Wahl des Termins gab es nicht.

Immer mehr Menschen reihten sich in den Demonstrationenzug ein, trotz dem sehr schlechten Wetter. Bei der Schlusskundgebung am Ostermontag waren rund 10'000 Menschen versammelt, die lauthals gegen die atomare Aufrüstung Grossbritanniens protestierten: «Ban the Bomb, ban the Bomb!».

Die ersten Ostermärsche in der Schweiz

Die Friedensdemonstration wiederholte sich 1959 ein erstes Mal und die Idee verbreitete sich schon bald in ganz Westeuropa. Auch in der Schweiz wurden fünf Jahre später die ersten Ostermärsche organisiert, zuerst von Lausanne nach Genf, später von Olten nach Basel, von Winterthur nach Schaffhausen und von Biel nach Bern. Die Demonstrationen für den Frieden wurden in dieser Form einige Jahre durchgeführt, fielen dann aber in einen langen Dornröschenschlaf.

Erst in den 80er Jahren fanden in der Schweiz – oder zumindest nahe der Schweiz – wieder Friedensmärsche an Ostern statt. 1982 wurde im Dreieckland Basel gegen die Stationierung von Atomraketen in Deutschland protestiert. Und ab Mitte der 80er Jahre bis Anfang der 2000er wurden in der Bodenseeregion bei Lindau 13 weitere Märsche veranstaltet.

Der Berner Ostermarsch

Im Jahr 2003 dann, kurz nach der völkerrechtswidrigen Invasion der USA, Grossbritanniens und weiteren Staaten im Irak, bündelten sich die Schweizer Friedensbewegten erneut zu einem gemeinsamen Marsch unter dem Motto «Eine friedliche Welt ist möglich.» Rund 1000 Menschen spazierten damals mit zahlreichen Peace-Fahnen und Transpis vom Eichholz zum Münsterplatz. Der Berner Ostermarsch wurde ab diesem Frühling bis heute jährlich durchgeführt.

Und auch am Bodensee finden seit 2009 wieder Ostermärsche statt – zuerst auf Schweizer Seite, dann im Dreiländereck. Das Thema des diesjährigen Bodensee-Friedenswegs heisst «Geld. Macht. Krieg – Dialog. Macht. Frieden.» Der Treffpunkt ist um 11h am Bahnhofplatz in Bregenz. Weitere Infos unter www.bodensee-friedensweg.org.

Besammlung vor dem Ostermarsch auf dem Trafalgar-Platz in London am Karfreitag 1958.



Bild: CND UK

16. Berner Ostermarsch Gerechtes Wirtschaften für den Frieden

- 13.00h:** Auftakt im Eichholz an der Aare (Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern)
- 14.30h:** Schlusskundgebung auf dem Münsterplatz, unter anderem mit Danièle Gosteli, Musik von Olgas Bagasch und feinem Essen aus dem Jura

Weitere Infos: ostermarschbern.ch

KRIEGSGESCHÄFTE

GSoA erzielt in Luzern einen Erfolg

Die Pensionskasse der Stadt Luzern hat Ende 2017 auf die hängige kommunale Volksinitiative des Luzerner Bündnisses gegen Kriegsgeschäfte reagiert und ihr Anlagereglement ergänzt. Neu sind Investitionen in international geächtete Waffen verboten. Von Lewin Lempert

Im Herbst 2016 hat ein Bündnis bestehend aus der GSoA Luzern, der SP, der JUSO und den Jungen Grünen über 700 Unterschriften für eine nachhaltigere Anlagepolitik der Pensionskasse der Stadt Luzern (PKSL) der Stadtkanzlei übergeben. Mit der kommunalen Volksinitiative haben die Unterzeichnenden gefordert, dass die PKSL aus Firmen, die international geächtete Waffen herstellen – sprich Atomwaffen, Streumunition, Antipersonenminen sowie biologische und chemische Waffen – aussteigt. Die Initiative wurde auch als Testlauf für die am 11. April 2017 lancierte nationale Kriegsgeschäfte-Initiative eingereicht.

Die Exekutive der Stadt Luzern hat lange hinausgezögert, sich überhaupt mit der Initiative zu befassen. Doch Ende Dezember kam plötzlich eine unerwartete Information: Die PKSL hat eine unscheinbare Mitteilung auf ihrer Website veröffentlicht, in der es heisst, dass das Anlagereglement betreffend den Nachhaltigkeitskriterien überarbeitet wurde.

Neu steht nun im Anlagereglement der PKSL: «Die PKSL schliesst Firmen aus, die in Bereichen tätig sind, die durch internationale und durch die Schweiz ratifizierte Konventionen oder Verträge geächtet sind (insbesondere Nuklearwaffen, bakteriologische und chemische Waffen, Streumunition und Anti-Personenminen).» Dieser neue Passus entspricht dem Initiativtext der Initiative gegen Luzerner Kriegsgeschäfte. Das Initiativkomitee hat die Initiative darauf hin zurückgezogen. Ohne eine Volksabstimmung wurde in der konservativen Zentralschweiz also eine GSoA-Initiative umgesetzt. So schrieb die «Luzerner Zeitung» zum Rückzug und der Umsetzung der Initiative auch: «Die GSoA feiert in Luzern einen Sieg».

Kein Einzelfall

Der Erfolg in Luzern steht nicht alleine da. Seit die GSoA das Thema der Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten lanciert hat, haben bereits einige Pensionskassen ihre Anlagepolitik verschärft. Die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) beispielsweise hat ihre Ausschlusspolitik unter anderem nach Gesprächen mit der GSoA angepasst. Früher wurden um die 30 Firmen von der PKZH aus ihrem Anlageuniversum ausgeschlossen, mittlerweile sind es 79 – die grosse Mehrheit davon wegen der Produktion von Waffen. Auch

die Pensionskasse des Kantons Bern (BPK) schliesst neu einige Atomwaffenhersteller aus. So schrieb die Zeitung «Der Bund» auch: «Mit dem Verzicht auf Direktinvestitionen liegt die BPK im Trend. Dieser wurde wohl durch die nationale Volksinitiative der GSoA ausgelöst.» In einem Artikel von Anfang Januar doppelt «Der Bund» nach. Die Zeitung schreibt, dass nun auch private Banken beginnen, Kriegsmaterial aus ihren Portfolios auszuschliessen. Dies aus dem Grund, dass viele Banken keine Schlagzeilen wollen, in denen über Investitionen in Aktien von Waffenfirmen berichtet wird. Auch das ist eine Folge der durch die Kriegsgeschäfte-Initiative ausgelösten Sensibilisierung in diesem Bereich. Doch noch lange ist nicht alles gut und leider hat die Kriegstreiberei mit Schweizer Geld noch lange kein Ende gefunden. Denn die zwei grössten Banken in der Schweiz, die Credit Suisse und die UBS, haben nicht auf die Fragen der Zeitung reagiert und scheinen sich um nachhaltige Anlagen zu frotieren. Darum scheint es nur eine Lösung zu geben: Die Kriegsgeschäfte-Initiative muss fertig gesammelt werden. Zum Schluss deshalb ein Aufruf an die Leserinnen und Leser dieses Artikels: Sammeln Sie jetzt noch ein paar Unterschriften in Ihrem Umfeld, damit wir den Trend hin zu einer rüstungsfreien Finanz- und Anlagepolitik verstärken können!

Ein Kränzchen für BIC

(js) Gregor, unser glückliches Gewehr, sorgte beim Hersteller unseres neuen Feuerzeugs kurzzeitig für Verwirrung. Die Rechtsabteilung der Firma bewilligte die Produktion unserer Bestellung erst, nachdem wir schriftlich unsere friedlichen Absichten sowie unsere Ablehnung gegenüber Krieg und Bewaffnung kundgetan hatten. Wir mussten zwar schmunzeln, begrüßen aber eine solche Vorgehensweise absolut und sind erfreut, dass es doch noch grosse Betriebe gibt, die ethisch-moralische Werte über den Profit stellen.

Zum Tod von Roland Gretler

(jl) Am 22. Januar ist Roland Gretler, ein treuer Unterstützer der GSoA, 80jährig gestorben. Roland war vor allem bekannt als Fotograf und Foto-Archivar. Er war das Gedächtnis der Linken, auch der Friedensbewegung. Unvergesslich bleibt sein – gemeinsam mit Niklaus Meienberg – durchgeführter Coup im Ortsgeschichtsmuseum Meilen im Jahre 1987, wo er Dutzende von Briefen des Generals Ulrich Wille fotografierte. Das daraus entstandene Buch «Die Welt als Wille & Wahn» hat die Debatte zugunsten unserer ein Jahr zuvor eingereichten Initiative stark belebt. Wir drücken den Angehörigen von Roland Gretler unsere Anteilnahme und unseren Dank aus.

AKTIVISMUS

«Die Zukunft gehört der Jugend»

Wie können wir den folgenden Generationen Antimilitarismus und Pazifismus weitergeben? Die Jugend hat keine andere Wahl, als sich zu engagieren.

Von Youniss Mussa

«Die Zukunft gehört der Jugend». In der Tat, ist es für die Jungen nötig, in die Entscheidungen – insbesondere die politischen – involviert zu sein, damit wir die Rolle von AkteurInnen haben in der Gesellschaft von Morgen. Zu denken, dass die Welt sich ganz alleine dreht, dass eine bessere Zukunft sich von selber baut oder auch, dass Entscheidungen, die von anderen getroffen werden besser sind, ist gefährlich. Mehr als jemals glaube ich, dass wir, die Jugend, uns engagieren müssen, damit unsere Gesellschaft sich nicht nach dem Bild unserer schlimmsten Alpträume gestaltet wird: Eine grössere Militarisierung unserer Gesellschaft, die grössere Beteiligung am Kriegsgeschäft mit dem Verkauf von Kriegsmaterial allein basierend auf Profit, die Komplizenschaft mit gewissen diktatorischen Regimen, das Ende der Solidarität zwischen den Generationen, die Senkung der öffentlichen Leistungen für die Bevölkerung. All dies ist keine Fata Morgana, sondern ein von einer enthemmten Rechten vorangetriebenes Projekt. Um die Worte von Stéphane Hessel aufzunehmen, glaube ich, dass es bei Gelegenheit gesund und nötig ist, sich die Fähigkeit zur Empörung zu bewahren. Empören wir uns!

Im letzten Dezember haben wir einen aussergewöhnlichen Aktivisten verloren: René

Creuse. Diese fesselnde Persönlichkeit wird fehlen. Ehemaliger Widerstandskämpfer während des Zweiten Weltkrieges, in der Folge Pazifist geworden, hat er ungeheuer viel zur Kampagne zur Abschaffung der Armee 1989 beigetragen. Glühender Atomkraftgegner und Umweltschützer, stand sein ganzes Leben im Dienst für die Gesellschaft. Direkter Augenzeuge der Gräueltaten des Krieges und davon traumatisiert, nachdem er der Ermordung zweier junger entwaffneter deutscher Soldaten zusehen musste, wendet er sich dem Antimilitarismus und dem Pazifismus zu. Unter anderem indem er sein Dienstbüchlein anlässlich des Algerienkrieges zurückgibt. Wir möchten ihm die letzte Ehre erweisen und ihm für all die Arbeit danken, die er im Laufe seines Lebens geleistet hat sowie für die Motivation die er uns gegeben hat. Sei dies bei der GSoA, aber auch insbesondere bei der Groupe SIDA in Genf, der Verteidigung des Asylrechts bei Elisa Asile, bei SolidaritéS, bei der Gemüsekooperative Jardins de Cocagne oder bei Le Courrier. Die Liste ist lang.

Die Erinnerung als Waffe

Wenn viele denken, dass der antimilitaristische Kampf vorbei ist, dass die Stunde der Wiederaufrüstung oder der Zurückweisung des Anderen gekommen ist, lasst uns an den Kampf unserer Vorfahren/VorgängerInnen?? erinnern. Ich glaube, dass es unsere Pflicht gegenüber der Allgemeinheit ist, unsere Ideal zu verbreiten: Die Abschaffung der Armeen in der Welt. Wir sind stark, wenn wir uns Ge-

hör verschaffen! Teilen wir unsere Ideen, stupt eure Freunde an, eure Kinder, mit uns zusammenzukommen und aktiv zu werden für eine der schönsten Überzeugungen: Den Weltfrieden. Die Zukunft beginnt heute und damit es einmal keine GSoA mehr nötig haben wird, müssen wir den Nachwuchs sichern. Wenn wir die Erhöhung der Militärbudgets beobachten, die Anzahl der Toten in den Kriegen überall auf der Welt (500'000 pro Jahr), die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt von Israel durch Trump, die Einrichtung autoritärer Regime in gewissen Staaten, die glauben, ihren

Willen dem Rest der Menschheit aufzwingen zu können, sind wir sicher, dass es immer noch viele Themen gibt, über die wir uns empören können, wir Widerstand leisten können und wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Was die GSoA in der Romandie angeht, haben wir das Vergnügen anzukünden, dass ab Februar, das Sekretariat verstärkt wird. Das neue Team hat als Ziel die Unterschriftensammlung für unsere aktuelle eidgenössische Initiative zu beenden, eine neue Generation von AktivistInnen zu rekrutieren und unsere Sichtbarkeit zu erhöhen. Wir werden die VorkämpferInnen sein im Kampf gegen den Kauf neuer Kampfjets. 2018 wird das Jahr der Erneuerung und der Mobilisierung!

René Creuse und seine Gefährtin Maryelle Budry



ARMEE

Das vermeintliche Informationsdefizit der Frauen

Noch ist er für Frauen freiwillig, der Orientierungstag der Armee. Es ist aber erklärter Wunsch der Armeeführung, unter dem Motto «Ein Tag für die Sicherheit der Schweiz» alle Frauen zu einem Infopläuschchen antreten zu lassen.

Von Magdalena Küng

An ihrer Jahresversammlung im Mai hat die Regierungskonferenz für Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) grünes Licht gegeben für die Erarbeitung eines Projektes zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen. Ziel dieser Massnahme soll eine Deckung des Informationsdefizits der Frauen sein, welche sich offenbar gar nicht bewusst sind, wie viele Vorteile der Militärdienst für sie haben könnte. Der Orientierungstag soll neu dann auch einen Fokus auf die zahlreichen attraktiven Dienstleistungsmodelle, Kaderlaufbahnen und Berufs-

möglichkeiten legen, welche die Armee zu bieten habe. Erwähnt werden auch der Zivilschutz und das Rote Kreuz – die Möglichkeiten des Zivildienstes scheinen der RK MZF eine so unangenehme Vorstellung zu sein, dass nicht einmal darüber informiert werden muss. Umgesetzt werden soll das Ganze bis 2020.

Grüne Vorteile für SpitzensportlerInnen

Die hartnäckige Fakten- und Realitätsresistenz der Armeeführung und des VBS erstaunen immer wieder. Dass die Armee einfache Aufstiegsmöglichkeiten bietet, haben ja längst nicht nur die Spitzensportler und Spitzensportlerinnen gemerkt. Eine Biathletin beispielsweise zeigte sich jüngst dankbar, die Spitzensportler-RS absolviert haben zu dürfen, da sie sonst über die Sommerferien vermutlich einen Teilzeitjob annehmen müsste und nicht genügend trainieren könne. Dass sich das

Gros der weiblichen schweizerischen Bevölkerung aber nicht damit zufriedengeben will, nur in einer grünen Parallelwelt dieselben Chancen wie die Männer zu haben, scheint aus militärischer Perspektive nicht ersichtlich zu sein.

Ziel: Personalreserve vergrössern

Die Hauptgründe für den obligatorischen Infotag für Frauen dürften ohnehin ganz anders liegen als in der Frauenförderung. Die Armee arbeitet schrittweise auf eine Wehrpflicht für Schweizerinnen hin, um ihre Personalreserven vergrössern zu können. Dies sei notwendig, um Funktion und Auftrag der Armee aufrecht erhalten zu können, heisst es immer wieder. Die Armee aber verliert immer mehr das Vertrauen der Bevölkerung, wenn es um sicherheitspolitische Fragen geht. Kaum jemand glaubt noch daran, dass Unmengen an Panzern und überbeuerte Kampffjets tatsächlich etwas zur Stabilität der Schweiz beitragen können. Und auch die beste Informationsveranstaltung und die spannendsten Orientierungstage können nichts daran ändern, dass die Armee in ihrer heutigen Form weder als zeitgenössisch noch als friedenssichernd anerkannt wird. Das Informationsdefizit liegt nicht so sehr im fehlenden Wissen um die

Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten für Frauen, sondern in den fehlenden Erklärungen zum Beitrag der Armee für die Schweiz.

Die Frauen über ihre Möglichkeiten in der Armee informieren zu wollen, ist kein Verfehlen. So zu tun, als würde ein grösserer Personalpool automatisch zu einer Verbesserung der Missstände im Militär führen, ist hingegen Schönmalerei. Die ewige Tendenz aber, den Frauen vormachen zu wollen, das Militär könne ihr grosses Karriereprungbrett sein und gleichzeitig die Augen zu verschliessen vor immer noch starken Ungleichheiten zwischen Mann und Frau in der Realwirtschaft, ist heuchlerisch.

Das mit dem Zivildienst

Schräg in der ganzen Thematik steht auch die Tatsache, dass das Militär wo und wie immer möglich gegen den Zivildienst wettet. Obwohl dort die Frauen genauso Berufserfahrung gewinnen könnten, ihre Horizonte erweitern oder neue Fähigkeiten erlernen. Und weil der Zivildienst mit seinen wichtigen Beiträgen im Bereichen wie Naturschutz, Gesundheit und Soziales oder Landwirtschaft kaum je in Erklärungsnot gerät, fällt der Militärlobby regelmässig nur ein Argument ein: Alle, die Zivildienst leisten, seien zu faul für die Armee.

GSoA bleibt modern

(bs) Als eine der ältesten Webseiten der politischen Schweiz beherbergt www.gsoa.ch ein umfassendes Archiv der Friedensbewegung, von damals bis heute. 482 Blogeinträge, 1435 Zeitungsartikel, 616 Medienmitteilungen und 903 Veranstaltungen der letzten 22 Jahre finden sich auf unserer Webpräsenz. «Diskussionen zur GSoA II» lautet der Titel des ältesten Blogeintrags auf www.gsoa.ch. er datiert auf den 15. Juni 1996. Die älteste online verfügbare GSoA-Zeitung ist die Nummer 64, vom 1. Mai 1996. Medienmitteilungen finden sich ab dem 23. März 1997 im Internet. Die älteste unter dem Titel «JA zum Verbot von Kriegsmaterialausfuhr». Und knapp zehn Jahre später, ab dem 9. Dezember 2006, wurden auch Veranstaltungen digitalisiert. «SchweizerInnen im antifaschistischen Widerstand», hiess damals ein Veranstaltungswochenende der GSoA. Unsere Homepage ist seit kurzer Zeit in neuem Gewand online. Umfassend, schlicht, schön. Vielen Dank an Nina Regli für Konzept, Design und Programmierung.

KAMPFJETS

Sinnfreie Argumente

«Es leiden immer die schwächsten Personen». Diese Analyse von Verteidigungsminister Guy Parmelin ist je nach Kontext richtig. Nur, Parmelin wirbt damit für den Kauf von Kampffjets. Willkommen in Absurdistan. Von Martin Parpan

Es war eine schmerzliche Niederlage für die Waffenlobby und die Militaristen, als die Mehrheit der Bevölkerung vor gut vier Jahren den Gripen abstürzen liess. Es war eingetroffen, was sie für unmöglich oder zumindest für sehr unwahrscheinlich gehalten hatten. Zweifellos hatte Ueli Maurer im seinerzeitigen Abstimmungskampf so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte und somit mitgeholfen, den Gripen vom Himmel zu holen. Er agierte konzeptlos und launisch und es wurde deutlich, dass ihm, als es brenzlich wurde, ganz einfach das Format fehlte, um das Steuer in seine Richtung herum zu reissen. Umso deutlicher dürften in den kommenden Kampffjet-Diskussionen die Augen auf seinen Nachfolger, Guy Parmelin, gerichtet sein. Allerdings wirkt auch er meist etwas verloren, nicht sehr charismatisch und macht oft einen etwas biedereren Eindruck. Klar ist für Parmelin, dass eine erneute Ablehnung der Fliegerbeschaffung für ihn und das VBS das totale

Desaster wäre. Schliesslich hatte man schon beim Gripen gewarnt, dass ein Nein die Schweiz zu einem «Haus ohne Dach» macht. Die Armee wäre verteidigungsunfähig, das Volk entsprechend verunsichert, die Luftpolizei am Ende und die Wirtschaft am Boden. Eingetroffen ist – Welch Überraschung – nichts von alledem. Trotzdem werden Militärvertreter auch dieses Mal versuchen, der Bevölkerung weis zu machen, dass die Kampffjets eine existenzielle Frage für uns alle sind. Guy Parmelin hat in einem Interview im vergangenen Jahr bereits den Auftakt zur «Alles oder Nichts Debatte» gemacht. Er stellte dafür folgenden Dreisatz auf: Wenn die Schweiz keine Kampffjets beschafft, dann haben wir eine Sicherheitslücke. Ohne Sicherheit wird die Wirtschaft gebremst. Ohne funktionierende Wirtschaft können wir die Sozialleistungen nicht mehr finanzieren. Dieser Dreisatz ist – mit Verlaub Herr Parmelin – in etwa auf Primarschulniveau.

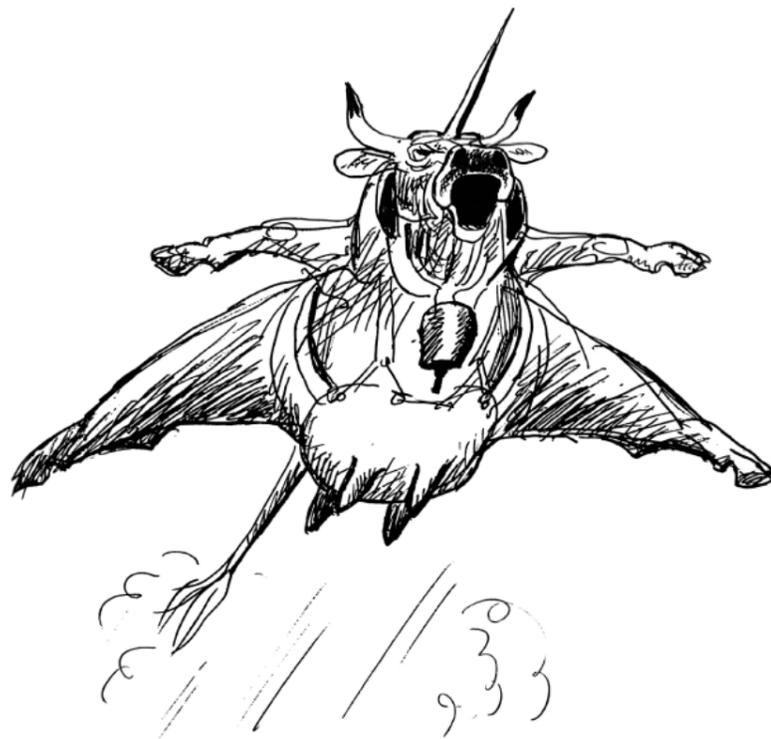
Wirtschaftsfeindliche Investition

Fakt ist, dass Investitionen in Kampffjets und Rüstungsgeschäfte generell volkswirtschaftlich praktisch wertlos sind. Im Gegenteil, an Rüstungsgeschäften verdienen wenige Menschen sehr viel und viele Menschen bezahlen

dafür. Nachweislich funktionieren auch die sogenannten Kompensationsgeschäfte nicht, mit welchen die Rüstungslobby die Stimmbevölkerung jeweils zu ködern versucht. Klar ist aber, dass die Milliardeninvestitionen an anderen Orten fehlen. Innovation, Bildung, Altersvorsorge, Energieeffizienz etc. leiden darunter. Wenn ein Startup-Unternehmen heute gefragt wird, weshalb es in der Schweiz investiere, dann sagt es mit bestimmter Sicherheit nicht, dass es dies tut, weil die Schweiz eine hochgerüstete Armee besitze. Entscheidend sind politische Stabilität, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Lebensqualität und der Ausbildungsstand von ArbeitnehmerInnen. Würde man mit dem Dreisatz von Parmelin argumentieren, so müsste dieser bedeuten, dass die sinnlose Verschwendung von Volksvermögen nachhaltige Investitionen

erschwert und somit den Sozialstaat tatsächlich gefährdet. Dann leiden, in den Worten des Verteidigungsministers, durchaus die «schwächsten Personen».

Im besagten Interview hat Parmelin immerhin eine Aussage gemacht, die dem Faktencheck standhält. «Das Geld fällt schliesslich nicht vom Himmel», war seine erhellende Erkenntnis. Leider hat Parmelin diese Aussage aber nicht auf den Kampffjet bezogen, sondern auf das Thema Vaterschaftsurlaub. Bei Parmelin's Argumentation hat man oft den Eindruck, dass er zuerst die Schlussfolgerungen definiert, und dann krampfhaft versucht, den Kampffjet in der Argumentationskette positiv einzuflechten. Das klappt dann meist nicht richtig und führt zu weitgehend sinnfreien Aussagen. Willkommen in Absurdistan.



Karikatur von Hans Ulrich Steger aus dem Buch «Die Unschlichtbaren». Mit freundlicher Genehmigung des Limmatverlages.

68ER-BEWEGUNG UND GEISTIGE LANDESVERTEIDIGUNG

In der Schweiz war der Antiautoritarismus stark antimilitaristisch geprägt

In keinem europäischen Land war der Antiautoritarismus der 68er-Bewegung derart stark durch den Antimilitarismus geprägt wie in der Schweiz. Dies hatte zu tun mit der ideologischen Dominanz der Geistigen Landesverteidigung, deren symbolisches Zentrum die Armee war.

Von Josef Lang

Als der Bundesrat 1989 sagte: «Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee», war das nur noch ein frommer Wunsch. Aber bis in die 1960er-Jahre war es harte Wirklichkeit gewesen.

«Wehrhaft gleich ehrhaft»

Bei der Geistigen Landesverteidigung, für welche die Schweiz eine Armee war, ging es um mehr als den Militärapparat und die Rüstungsausgaben. Es ging um nationalistische Überhöhung und Igeldenden. Es ging um das Männer- und Bürgerbild des «wehrhaft gleich ehrhaft», das die «wehrlosen» Frauen politisch «ehrlos» machte. Es ging um die Geschichtslüge, die Schweiz sei im Zweiten Weltkrieg nur wegen ihres Wehrwillens und nicht primär wegen ihrer Kollaboration mit den Nazis verschont geblieben. Die bürgerliche Schweiz führte ihren Mangel an Antifaschismus ab den 1950er-Jahren mit einem Übermass an Antikommunismus weiter. So war sie besonders US-freundlich und vietnamfeindlich. Eng mit der herrschenden Ideologie verbunden war die grassierende Fremdenfeindlichkeit, die mit der 1970 mit 54 Prozent Nein abgelehnten Schwarzenbach-Initiative einen ersten Höhepunkt erreichte.

Die 68er-Bewegung kämpfte an verschiedenen Fronten gegen die Geistige Landesverteidigung und ihren «CH-Zement», wie ein Buchtitel über die damalige Zeit lautet. Militärverweigerung, Proteste gegen das totalitäre «Zivilverteidigungsbuch» und gegen militaristische Rektoren und Professoren, Widerstand in den Rekrutenschulen, Geschichtsdebatten, Initiative gegen Rüstungsexporte,

Solidarität mit den Eingewanderten und vor allem mit Vietnam. Besonders bedeutend war die Veränderung des männlichen Selbstbildes, das sich in den «mädchenhaft langen Haaren» (militärischer Führungsbericht 1970) ausdrückte. Die Tatsache, dass plötzlich eine grosse Zahl von Frauen auf die Strasse ging, stellte die herrschende Ideologie zusätzlich in Frage.

Verweigerer kündigen Änderung an

Es ist kein Zufall, hatten die ersten Zeichen einer Veränderung mit der Armee zu tun. Bereits ab 1966 begann die Zahl der Verweigerer markant zu steigen. Hatte der jährliche Durchschnitt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges um die 40 betragen, schnellte er zwei Jahre vor der 68er-Bewegung auf 122. In den 1970er-Jahren betrug er 331 und verdoppelte sich im GSoA-Jahrzehnt. Die Gesuche um waffenlosen Dienst verdreifachten sich 1971 auf 480. Die Prozesse gegen Verweigerer, die oft von Prominenten wie Friedrich Dürrenmatt verteidigt wurden, wurden zu politischen Fokussen. 1970 wurde von Münchensteiner Gymnasiallehrern die erste Volksinitiative für die Schaffung eines Zivildienstes lanciert. Da sie die Form einer allgemeinen Anregung hatte, war die Vorlage,

die 1977 vors Volk kam, derart katastrophal, dass die Linke und der Friedensrat sie nicht mehr unterstützen konnten. Sie erreichte damit bloss 37,6 Prozent.

1969 gab es einen heftigen Streit um das «Zivilverteidigungsbuch», das Linke, Intellektuelle, Italiener zu «Wühlern» erklärte und vom Bund in alle Haushalte verschickt wurde. Weil der Präsident des Schweizerischen Schriftstellervereines mitgemacht hatte, kam es zu dessen Spaltung und zur Gründung der Gruppe Olten. Im gleichen Jahr wurde auf Anregung des Schweizerischen Friedensrates eine Waffenausfuhrverbots-Initiative gestartet, die 1972 von 49,7 Prozent der Stimmenden gutgeheissen wurde. Die Bührle-Kanonen, mit denen im Biafra-Krieg (1967-1970) auf Rotkreuz-Flieger geschossen wurde, hatten die Menschen sehr aufgewühlt. Aber ohne das pazifistische Klima, das die 68er-Bewegung geschaffen hatte, lässt sich das starke Resultat nicht erklären.

1971 begann es in der Armee, insbesondere in den Rekrutenschulen, zu rumoren. 1972 bis 1974 kam es zu Wellen von Soldatenstreiks, verbotenen Unterschriftensammlungen, Militärprozessen und Solidaritätskundgebungen. Soldatenkomitees unterstützten von aussen Kasernenkomitees, von denen es 1974 etwa

ein Dutzend gab. Am 9. November 1972, dem 40. Jahrestag des Genfer Armee-Massakers, das 13 Antifaschisten das Leben gekostet hatte, demonstrierten 3000 Personen gegen die Armee und Innere Einsätze.

Wie viel sich in den späten 60er- und frühen 70er-Jahren verändert hatte, zeigte der Grosse Erfolg des Films «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.» von Richard Dindo und Niklaus Meienberg. Die 1973 veröffentlichte Reportage Meienbergs und der Dokumentarfilm von 1975 thematisieren die Hinrichtung eines Ostschweizer Soldaten, der einem Nazi-Agenten vier Artillerie- und eine Panzergranate übergeben hatte. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass Grosslieferanten wie Georg Bührle und achsenfreundliche Bundesräte ungeschoren davon kamen. Der Film wurde in Hunderten von Ortschaften gezeigt, wo er heftige Debatten auslöste.

Lange Haare und Frauenstimmrecht

Wie eng Zugehörigkeit zur Armee und zur Bürgerschaft bis 1968 verknüpft waren, erläuterte der Bundesrat 1957 im Zusammenhang mit dem Frauenstimmrecht: «*Da als waffenfähig der Mann allein galt, konnte nur er als stimm- und wahlberechtigt angesehen werden. Wie sehr dieser Gedanke bei uns noch heute lebendig ist, zeigt die Tatsache, dass in beiden Appenzell nur Bürger mit dem Schwert zum Landsgemeindinger zugelassen waren.*» 1959 stimmten zwei Drittel des Männervolks gegen das Frauenstimmrecht. Zwölf Jahre später war das Resultat gerade umgekehrt.

Die Verbindung von Soldatentum und Männlichkeit war in der Vor-68er-Schweiz mindestens so bedeutend wie der Zusammenhang von Armee und Verteidigung. Dies erklärt, warum die Langhaar-Mode den Abschied der Männer von soldatischen Werten nirgendwo in Europa so stark symbolisierte. Es ist kein Zufall, wurden die Schweizer Männer reif für das 1971 eingeführte Frauenstimmrecht, nachdem sie begannen hatten, lange Haare zu tragen.



Langhaarige begleiten am 24. Februar 1974 den Militärverweigerer André Froidevaux ins Zuger Gefängnis.

Widerspruch Nr. 70: Militarisierung, Krieg und Frieden

Die neuste Ausgabe des Widerspruch dreht sich um Militarisierung, Krieg und Frieden. Eine kurze Besprechung.

Von Lewin Lempert

Andreas Zumach betont in seinem Artikel «Frieden als universeller Wert» die Wichtigkeit des Völkerrechts, welches jedoch von aktuellen und zukünftigen Kriegen immer mehr unterwandert wird. Bei dieser Unterwanderung des völkerrechtlich festgelegten Kriegsverbots gemäss der Uno-Charta von 1945 spiele der sogenannte «War on Terror» eine tragende Rolle. Zumach geht in seinem Artikel zudem auf die durch den US-amerikanischen Präsidenten Trump ausgelöste Enttabuisierung der nuklearen Kriegsführung ein, welche ein «neues, gefährliches Niveau» erreiche.

Der Artikel von Josef Lang ergänzt dieses von Zumach gezeichnete Bild. Seit den völkerrechtswidrigen Kriegen auf dem Balkan habe die Nato die Uno – also der Sonderbund den Völkerbund – konstant übergangen. Dies führte zu einem «globalen Neomilitarismus», welcher die Sicherung der Rohstoffquellen und routen im Nahen und Mittleren Osten, die Flüchtlingsabwehr und den Schutz der eigenen Armeen vor Budgetkürzungen zum Ziel hatte. Diese Entwicklung dauere bis heute an, unter anderem weil die vereinigte Linke in Europa diesem Wiedererstarken des Militarismus kein geeignetes Gegenrezept entgegensetzen konnte. Um eine starke Friedenspolitik in der Zukunft zu gewährleisten, brauche es zwingend eine Ermächtigung der Uno. Magdalena Küng und Michael Christen schliesslich besprechen in ihrem Artikel Des-

investitionskampagnen in der Schweiz, aber auch im internationalen Kontext. Dabei thematisieren sie ausführlich die aktuell laufende Kriegsgeschäfte-Initiative.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die drei Artikel (neben vielen anderen spannenden Beiträgen) einen guten Überblick über aktuelle Friedenspolitik liefern. Zumach und Lang liefern dafür den historischen Rückblick, aber auch Ausblick und Küng und Christen zeigen konkrete Handlungsmöglichkeiten auf.

Sie können den aktuellen «Widerspruch» für 20 statt 25 Franken direkt bei gsoa@gsoa.ch bestellen.

«CYBERWAR»

Mal eben schnell einen Krieg beginnen



Ein gefährlicher Aspekt der ganzen «Cyberwar»-Diskussion ist die schleichende Militarisierung zentraler Bereiche unserer Gesellschaft. Sie ist der Traum aller MilitaristInnen zur Durchsetzung ihrer Ziele und senkt dadurch die Schwelle zum Krieg.

Von Adi Feller

Es gibt viele neue Entwicklungen im Bereich «Cyber», die Begrifflichkeiten und Konsequenzen sind oft völlig unklar. Ab wann ist Krieg im Zeitalter der täglichen Drohnenangriffe ohne Kriegserklärung wirklich Krieg? Und wieso ist die Rolle des Militärs in diesem Bereich so stark? Der Schutz kritischer Infrastruktur ist eine Aufgabe ziviler Institutionen, wenn nicht in jedem relevanten Betrieb plötzlich Soldaten rumstehen sollen. Durch die immer totalere Digitalisierung unseres Alltagslebens entsteht das Gefühl von Angst und einer totalen Bedrohung ähnlich derjenigen durch den Terrordiskurs. Viele Menschen wissen nicht, was alles möglich ist und was nicht. Die Armee nutzt dies geschickt, um sich neue Möglichkeiten zu schaffen, sich zu legitimieren und in breitere gesellschaftliche Bereiche vorzudringen. Sie behauptet, vor einer neuen Gefahr zu schützen, vor der sie sich nicht einmal selber schützen kann. Die Vorstellung der Einfachheit eines Cyberangriffs und das Gefühl, das Ganze unentdeckt durchführen zu können, verstärkt diese Pro-

blematik weiter. Welcher Militär hat sich nicht schon immer eine Erstschlagswaffe gewünscht, die er unerkannt einsetzen kann? Wie weit Cyberattacken bisher in oder zur Vorbereitung von Kriegseinsätzen verwendet wurden, ist beinahe nicht festzustellen. Sicherlich verwendeten gewisse Armeen Cyber-Elemente, vorausgehend vor konventionellen Angriffen.

Präzedenzfall

Das Paradebeispiel ist die Bombardierung eines im Aufbau befindlichen Atomreaktors in Syrien durch die israelische Luftwaffe im Jahr 2007, die sogenannte «Operation Orchard». Dabei gelang es Israel, in die Computersysteme der syrischen Luftabwehr einzudringen und diesen einen leeren Luftraum vorzugaukeln, während die israelischen Kampfflugzeuge quer durch das Land flogen, um den Reaktor zu zerstören. Ohne diese Fähigkeit, hätten sie den Angriff vielleicht nicht gewagt. Dieses Vorgehen hätte durchaus zu einer militärischen Reaktion seitens Syrien führen können. Doch beide Länder entschieden sich, über das Vorgefallene zu schweigen. Es wird wohl nicht mehr allzu lange dauern, bis solche Einsätze vermehrt zu beobachten sein werden. Die konkreten Entwicklungen in der Schweiz sind bisher auf den ersten Blick noch eher unscheinbar, doch der Diskurs ist spannend. Im Cyber-Bereich gibt sich sogar die Schweizer Armee völlig unverhohlen angriffig, als

ob wir uns in den konzeptionellen Zeiten der sogenannten «Vorwärtsverteidigung» des Kalten Krieges befänden. Gemäss Aussage von Bundesrat Parmelin in Zeitungsinterviews besitzt die Schweizer Armee offensive Cybermöglichkeiten und ist auch bereit, diese einzusetzen. Ziel ist der Angriff auf Gegner ausserhalb der Landesgrenzen. Ob diese Angriffskapazitäten momentan etwas taugen, bleibt zu bezweifeln, doch für eine Armee, die von all ihren BefürworterInnen immer als reine Verteidigungsarmee bezeichnet wird, ist dieser Paradigmenwechsel doch erstaunlich und beunruhigend.

Neue Wahrscheinlichkeitsrechnungen des Kampfes

Cyber-Angriffe versprechen viel. Unerkannt angreifen zu können und gegnerische Infrastruktur und Waffensysteme davor lahmlegen zu können. Ob sie es tatsächlich können, ist eine andere Frage. Doch stelle man sich vor, gewissen Präsidenten würde momentan versprochen werden, sie könnten einen Angriff ohne Konsequenzen befehlen, weil die gegnerischen (Atom-)Waffen durch Cyberattacken unschädlich gemacht worden seien. Gut möglich, dass der Mythos des Cyberkrieges bereits eine grössere Wirkungsmacht hat als die realen Möglichkeiten. Aber die Stärke dieser Mythen und ihre Auswirkung auf die Realität sollten wir nicht unterschätzen. Die Zukunft wird es zeigen.



«CYBERWAR»

Antiviren-Programme statt Panzerhaubitzen

Die Armee will mehr Ressourcen in Cyber-Verteidigung stecken. Das wird nicht viel bringen. Aber mit einem Antivirus-Programm kann man wenigstens niemanden töten.

Von Andreas Weibel

Politikerinnen und Politiker von links bis rechts überbieten sich derzeit mit Forderungen, dass die Armee sich vermehrt auf Bedrohungen aus dem Internet ausrichten soll. Im vergangenen Juni unterzeichnete VBS-Chef Parmelin den «Aktionsplan Cyber Defense». Gleichzeitig fordern Motionen ein neues Kompetenzzentrum für Cyber Security und eine militärische Cyberdefence-Organisation. Eine erste Cyber-RS soll bereits dieses Jahr stattfinden. «Cyber» ist das Schlagwort der Stunde – auch wenn niemandem so ganz klar ist, was darunter zu verstehen ist.

Begriffswirrwarr

Das liegt auch daran, dass es zahlreiche unterschiedliche Definitionen von Cyberwar gibt: Soll die Armee primär sich selbst oder auch Private schützen? Geht es vor allem um

die Abwehr von Angriffen? Oder soll die Armee auch aktive Gegenmassnahmen ergreifen können? Ist eine gehackte Website bereits ein Akt des Cyberwar? Geht es auch um Informationskriegsführung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch fremde Staaten? Um Überwachung der Bürgerinnen und Bürger?

Dass die Armee auch alle Unternehmen und Privatpersonen vor Cyber-Angriffen schützen soll ist weder realistisch noch wünschenswert. Es braucht keine Soldaten, um den Computer-BenutzerInnen beizubringen, gute Passwörter zu verwenden, ihren Virenschutz aktuell zu halten und keine Dateianhänge von dubiosen AbsenderInnen zu öffnen. Und für komplexere Fälle sind die zivilen Behörden zuständig. Das ist selbst der Armeespitze klar.

Derzeit zielen die Vorhaben der Armee auch nicht in Richtung Informationskriegsführung und über die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger wird in anderem Kontext diskutiert. Auch die Ideen zu den offensiven Kapazitäten des VBS tönen momentan beim genaueren Hinschauen relativ harmlos. Sollte

die Armee jedoch plötzlich auch «Cyber-Waffen» wie Trojaner einsetzen wollen, müsste dem klar widersprochen werden.

Eine Firewall tötet nicht

Was übrig bleibt, ist ein Ausbau der Verteidigung gegen Angriffe auf die Armee selbst. Nach dem peinlichen Datenklau bei der bundeseigenen Rüstungsschmiede RUAG wird kaum jemand bestreiten, dass es hier Defizite gibt. Was sollen wir davon halten?

«L'armée, ça tue, ça pollue et ça rend con» lautet ein Slogan der GSoA in der Romandie: Die Armee tötet, sie verpestet und macht dumm. Für Cyberwar gilt das nur noch abgeschwächt. Antivirus-Programme, Firewalls und Distributed-Denial-of-Service-Attacken (auch DDoS-Attacken genannt) töten nicht. Desaströse Cyber-Angriffe auf Atomkraftwerke oder Stauseen gehören ins Reich der Science-Fiction: Kritische Infrastrukturen vor Hackern zu schützen ist banal, wenn man dafür sorgt, dass sie physisch nicht mit dem Internet verbunden sind und keine anderen angreifbaren Schnittstellen aufweisen.

IT-Infrastruktur benötigt zwar auch natürliche Ressourcen, aber wenn man dafür Panzerbataillone und Kampfjet-Geschwader einspart, gewinnt die Natur. Und die Armee wird sich hüten, ihre Cyber-Rekruten und IT-SpezialistInnen durch hirnlosen Drill wegzuekeln.

Sollen wir uns deshalb über die Zuwendung der Armee zum Cyberspace freuen? Natürlich nicht, denn das Geld für die IT-Offensive des VBS könnte man an anderen Orten viel besser brauchen. Aber jede Handgranate, Panzerhaubitze oder Mörsergranate, auf die zugunsten eines Cyber-Spezialisten verzichtet wird, ist ein Sicherheitsrisiko weniger.

Was von der Cyber-Offensive des Militärdepartements schlussendlich übrig bleiben wird, steht ohnehin in den Sternen. Denn das VBS weiss noch nicht, woher es angesichts des Fachkräftemangels die benötigten SpezialistInnen finden will. Denn wer will schon beim VBS arbeiten, wenn gleichzeitig ein lukrativeres und spannenderes Angebot von Google oder einer Startup-Firma lockt?

KILLERDROHNEN

Terror ist

Wohl beinahe täglich fliegen amerikanische Killerdrohnen Einsätze in Afrika und dem Nahen Osten. Dabei werden unzählige ZivilistInnen getötet und die Bevölkerung ganzer Regionen in Angst und Schrecken versetzt. Ein anderer Blick auf Terror.

Von Adi Feller

Seit George W. Bush 2001 den «war on terror» ausrief, hat sich die Anzahl amerikanischer Drohnen von knapp 50 auf rund 8000 erhöht. Neben den reinen Aufklärungsdrohnen gibt es immer mehr Drohnen, die auch mit Raketen bewaffnet sind. Eingesetzt werden diese für Angriffe in unterschiedlichsten Ländern, gegen die die USA keinen offiziellen Krieg führen. Betroffen sind vor allem die Länder Pakistan, Jemen, Afghanistan, Libyen und Somalia. Gesteuert werden die Killerdrohnen aus den USA – oft von Angehörigen privater Soldunternehmungen – via eine Signalverstärkungsstation im deutschen Rammstein. Stationiert sind sie auf verschiedenen Stützpunkten in Afrika und im Nahen Osten. Wen die Amerikaner aus welchem Grund angreifen, kommunizieren sie meist nicht. Dies liegt unter anderem daran, dass neben der amerikanischen Luftwaffe, vor allem auch die im geheimen agierende CIA einen grossen Drohnenbestand besitzt.

Neben den USA setzten zuerst nur Grossbritannien und Israel bewaffnete Drohnen ein, doch aktuell werden sie von immer mehr Ländern verwendet. Abseits der jeweiligen «Zielen» sterben bei den amerikanischen Angriffen immer auch ZivilistInnen – gelegentlich trifft es auch ganze Hochzeitsgesellschaften. Einerseits werden gezielt bestimmte Personen angegriffen, andererseits gibt es sogenannte «signature-strikes» – Angriffe auf verdächtig erscheinende Bewegungsmuster von Mobiltelefonen. All diese Angaben hat die US-Regierung natürlich nicht freiwillig

bekannt gegeben. Sie sind in erster Linie geleckten Dokumenten zu verdanken, die beispielsweise im Buch «the assassination complex» des amerikanischen Journalist Jeremy Scahill verarbeitet sind.

Unzählige zivile Opfer

Nach lange anhaltender Kritik veröffentlichte die US-Regierung unter Obama im Juni 2016 erstmals Angaben zu den Opfern des Drohnenprogrammes. Sie verzeichnen bis zu 116 zivile Tote zwischen 2009 und 2015 (ohne Afghanistan, Irak, Syrien). Das «Bureau of Investigative Journalism» (BIJ) spricht bei seinen Recherchen von 649 bis 1444 getöteten ZivilistInnen (davon zwischen 209 und 289 Kindern). Diese Zahlen umfassen die Drohnenangriffe in Pakistan seit 2004, Afghanistan seit 2015, den Jemen seit 2002 und Somalia seit 2007. Basis dieser Angaben sind entweder offizielle Angaben von Regierungen, ihren Streitkräften oder mindestens drei unterschiedliche Medien und NGO's als Quellen für zivile Tote. Diese Zahl ist zwar bereits erschreckend hoch, doch ist zu befürchten, dass noch lange nicht alle getöteten ZivilistInnen erfasst sind. Laut dem Buch «Töten per Knopfdruck» des österreichisch-afghanischen Journalisten Emran Feroz gebe es in Afghanistan und Pakistan diverse Gebiete, die nur sehr selten oder gar nicht von JournalistInnen, Hilfswerken oder der UNO besucht werden können. Und besonders in diesen Gebieten gebe es häufig Luftangriffe mit Drohnen, über die somit nie berichtet werde. Der Journalist führte Interviews mit DorfbewohnerInnen in mehreren Provinzen Afghanistans, die ihre Eltern, Brüder oder Kinder durch Luftangriffe verloren haben. Er kommt allein mit diesen bruchstückhaften Abklärungen auf Dutzende noch nirgends verzeichnete zivile Tote. Ein Beispiel: Ein Gemüsehändler auf dem Weg ins nächste Dorf wird von einer Rakete zerfetzt. Seine Verwandten finden ihn und müssen seine Überreste begraben. Gemäss Angaben der DorfbewohnerInnen hatte er keinerlei Kontakte zu Militanten, ge-

schweige denn war er selber ein Kämpfer. Er war der Ernährer einer Familie, der einfach so durch eine Rakete getötet wurde. Dies ist nur eine von unzähligen erschreckenden Geschichten, die sich vor allem in Afghanistan und Pakistan regelmässig ereignen.

Doch damit nicht genug: Als bei einem Drohnenangriff in Pakistan auch ein amerikanischer Geiselhaft getötet wurden, entschuldigte sich Barack Obama dafür und die Familien der Getöteten sollen ein Schmerzensgeld von etwa einer Million Dollar erhalten haben. Bei lokalen getöteten ZivilistInnen gibt es nichts – keine Entschuldigung, kein Schmerzensgeld und keine Antworten. Ein zusätzlicher Affront gegenüber ihren Hinterbliebenen.

Bei vielen solcher Angriffe spielen übrigens Flugzeuge aus der Schweiz eine zentrale Rolle. Die zu U-28 umgebauten Pilatus PC-12 sammeln Daten, die als Grundlage für solche Drohnenangriffe (insb. auch für «signature strikes») dienen. Knapp 30 dieser Flugzeuge besitzt das amerikanische Air Force Special Operations Forces Command, weitere 18 die afghanische Armee (vgl. Artikel in der GSoA-Zitig 171).

Die Rolle Obamas

Der mit dem Friedensnobelpreis geehrte amerikanische Präsident Obama hatte vieles in der Hand beim amerikanischen Drohnenprogramm. Während George W. Bush für seinen Einsatz der Drohnen noch von den Demokraten (auch Obama selber) massiv kritisiert wurde, verstummte die Kritik gegen dieselben Praktiken unter Obama. Er führte nicht nur die Politik von Bush weiter, er baute die Drohnenprogramme sogar noch massiv aus. Die sogenannten Tötungs-Listen («kill-lists») werden jeweils dem amerikanischen Präsidenten persönlich zur Unterschrift vorgelegt. Er entscheidet allein über diese aussergerichtlichen Todesurteile. Ein Vorgehen, das jeglicher Rechtsstaatlichkeit spottet und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Es gibt weder eine Unschuldsvermutung, noch einen

Gerichtsprozess und ein Urteil, sondern einfach eine einsame Entscheidung, die über das Ende von Menschenleben befindet und oft auch den Tod von ZivilistInnen bedeutet.

Wer Terror säht wird Terror ernten

Es ist eine traurige Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet derjenige amerikanische Präsident, der den Friedensnobelpreis erhalten hat, wohl die grösste Ausweitung des unerklärten Krieges in der amerikanischen Geschichte zu verantworten hat – das ungehaltene Versprechen, Guantanamo zu schliessen, darf auch nicht vergessen werden. Auch in der Ära Trump ist wohl keine Einschränkung der Drohnenprogramme zu erwarten. In den USA hat sich neben den bisherigen Rüstungskonzernen, eine grosse private Industrie etabliert, welche die Drohnen unterhält und fliegt. Zudem hat sich die amerikanische Regierung daran gewöhnt, überall auf der Welt militärisch anzugreifen, ohne allzu viele tote Soldaten befürchten zu müssen. So erstaunt es nicht, dass westliche Staaten, insbesondere die USA, nicht als die Bringer von Demokratie und Freiheit, sondern als genauso terroristisch in ihren Mitteln wahrgenommen werden, wie lokale Milizen und Autokraten. Dass das Töten von Unschuldigen auch die Basis neuer Radikalisierungen und des Wachstums eines Hasses auf den Westen ist, erstaunt nicht wirklich. Immer wieder berufen sich islamistische Terroristen auf die amerikanischen Drohnenangriffe als Legitimation für ihre Anschläge.

Zum Abschluss ein kleines Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, dass irgendwo in der Schweiz, sagen wir im Emmental, eine Rakete einschlägt. Menschen werden getötet – ein Gemüsehändler oder gar eine ganze Hochzeitsgesellschaft. Die Familien würden von Polizei und Bundesrat eine Erklärung verlangen und keine bekommen – keine Auskunft darüber, warum ihre Liebsten sterben mussten. Kaum jemand hat das unbekannte Flugobjekt am Himmel gesehen, doch ist damit zu rechnen, dass es überall wiederauftauchen könnte, um Angst und Schrecken zu verbreiten – Terror eben.



U.S. Air Force photo/Staff Sgt. Brian Ferguson

SEKRETARIAT

Wechsel im Sekiteam

Das Jahr 2018 bringt einige Veränderungen im Sekiteam mit sich. Zwei Personen werden neu zu uns stossen, wir müssen uns leider aber auch von drei SekretärInnen verabschieden. Von Michael Christen

Unser Sekretär **Basil Schöni** verliess uns letzten November, um sich voll auf sein Studium fokussieren zu können. Basil war nur kurz im Seki Bern angestellt, in dieser Zeit war er aber ein sehr wichtiges Mitglied, insbesondere bei den Vorbereitungen und der Lancierung der Kriegsgeschäfte-Initiative. Zudem hatte Basil die Hauptverantwortung für die neue GSoA-Website und hat uns geholfen unsere IT auf den aktuellsten Stand zu bringen. Seine bissig-politische Feder in der GSoA-Zeitung wird uns hoffentlich noch eine Weile erhalten bleiben. Vielen Dank für deinen Einsatz Basil!

In Zürich verliess uns **Sebastian Büchler** Ende Januar. Sebastian will sich ebenfalls auf sein Studium konzentrieren. Sebastian arbeitete zwei Jahre im Seki und begleitete die Vorbe-

reitungen zur Lancierung der Kriegsgeschäfte-Initiative intensiv. Zudem half Sebastian beim Aufbau der Regionalgruppe St. Gallen und war in seiner administrativen Tätigkeit als Vize-Finanzverantwortlicher sehr kompetent. Ab und zu überraschte der ehemalige Koch uns zudem mit selbstgebackenem Brot oder einem feinen Mittagessen. Du wirst uns fehlen, Sebastian! Zudem gibt es auch im Seki Genf einen Wechsel. Unsere langjährige Sekretärin **Amanda Gavilanes** verliess uns Ende Dezember 2017. Amanda arbeitete knapp 5 Jahre bei uns. Als secrétaire politique war Amanda eine der treibenden Kräfte hinter der Fusion zwischen der

GSoA und der GSsA im Jahr 2015. Ausserdem führte Amanda diverse Kampagnen in der Romandie, hervorzuheben ist insbesondere die Kampagne gegen die neue Kaserne in Genf. Amanda verlässt uns um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu widmen. Vielen Dank für deinen Einsatz Amanda!

Vergrößerung Sekretariat Genf

Im Rahmen einer Umstrukturierung der GSoA Sekretariate, haben wir beschlossen, insbesondere das Seki Genf und damit unsere Präsenz in der Romandie zu stärken. Daher gibt es in Genf doppelte Verstärkung: Wir freuen uns, **Muriel Waeger** und **Julien Repond** neu in unserem Team begrüssen zu dürfen! Muriel lebt in Fribourg und wird ein wichtiges Bindeglied zwischen der West- und der

Deutschschweiz. Bis vor kurzem amte sie als Vizepräsidentin der JUSO Schweiz und bringt daher bereits viel politisches Know-how und vor allem auch Engagement mit. Neben ihren politischen Tätigkeiten studierte Muriel Mathematik und Geschichte. 2018 kandidiert sie zudem für die Wahl in den Grossen Rat im Berner Jura, ihrer Heimat.

Julien Repond lebt in Genf, wo er auch seinen Master in Sozioökonomie absolviert hat. Er hat bereits viel Erfahrung in politischer Kampagnenarbeit sammeln können. So hat er beispielsweise bereits für die SP Schweiz als Campaigner und als politischer Assistent der Ensemble à Gauche im Grossen Rat Genf gearbeitet. Ausserdem hat er ein journalistisches Praktikum bei der Zeitung Le Courrier absolviert. Wir können uns also alle auf seine kommenden Beiträge in der GSoA-Zitig freuen! Wir freuen uns, das Jahr 2018 in vergrößerter Formation beginnen zu können und heissen die neuen SekretärInnen im GSoA-Team herzlich willkommen. Unseren Abgängen wünschen wir nur das Beste für die Zukunft und bedanken uns herzlich für euren Einsatz für eine antimilitaristische, konsequente Friedenspolitik.



Muriel Waeger



Julien Repond

GREGOR

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	A5-Unterschriftenkarten Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Kleber Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:		
<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!	Fr. 2.-
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-

Versandkostenanteil Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Sebastian Büchler (sb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Michel Monod (mm), Youniss Mussa (ym), Oger (og), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Judith Schmid (js), Tobia Schnebli (ts), Basil Schöni (bs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.